

# POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

**Projektland: Tadschikistan**

**Datum: 27. März 2015**

## **Nach den Parlamentswahlen in Tadschikistan**

Bei der Parlamentswahl vom 1. März 2015 in Tadschikistan hat der autoritär regierende Präsident Emomali Rachmon seine Macht weiter gefestigt. Die von ihm gegründete und ihm nahestehende Demokratische Volkspartei bekam 65,4% aller Wählerstimmen. Nach Information der tadschikischen Zentralen Wahlkommission konnten drei weitere Parteien die Fünf-Prozent-Hürde überspringen. Das gelang der bisher im Parlament vertretenen Partei der Islamischen Wiedergeburt dieses Mal nicht. Insgesamt acht Parteien, von denen einige während des Wahlkampfes immer wieder über politische Unterdrückung berichteten, hatten bei den Wahlen insgesamt 288 Kandidatenauf gestellt. Wie bei allen bisherigen Wahlen werteten internationale Wahlbeobachter auch die vergangene Parlamentswahl als nicht frei und fair.

### Tadschikistan

Tadschikistan ist die ärmste der nördlich von Afghanistan gelegenen Ex-Sowjetrepubliken. Nach der Unabhängigkeit (09. September 1991) wurde sie zuerst von einem blutigen Bürgerkrieg mit über 100.000 Toten heimgesucht (1992-1997). Anschließend verschwand sie wieder aus dem weltweiten öffentlichen Interesse. Dem Land wird heute wieder mehr geopolitisch strategische Bedeutung zugemessen, da es eine schwer kontrollierbare 1.200 km lange gemeinsame Grenze mit Afghanistan hat.

### 1. Wahltag und Wahlbeobachtung

Grundsätzlich verliefen die tadschikischen Parlamentswahlen in einer friedlichen Atmosphäre. Berichte über gewalttätige Auseinandersetzungen am Wahltag liegen nicht vor.

Die Zentrale Wahlkommission erklärte, dass die Wahlbeteiligung bei 87,7% gelegen habe (3.791.827 Wähler von etwa 4,3 Millionen registrierten). Die internationalen Wahlbeobachter zweifeln diese hohe Zahl an, da sie in vielen Wahllokalen nur eine schleppende beziehungsweise geringe Wahlbeteiligung wahrgenommen hätten.

Alle politischen Parteien entsandten Wahlbeobachter, wobei die Vertreter der Demokratischen Volkspartei Tadschikistans (DVT) und der Partei der islamischen Wiedergeburt (PIW) in der Mehrzahl waren. Das verlieh der Wahl einen gewissen Grad

an Transparenz. Bürger sind nach der gültigen Gesetzgebung nicht als Wahlbeobachter zugelassen.

Insgesamt waren 525 internationale Wahlbeobachter bei den tadschikischen Parlamentswahlen registriert, davon 175 aus GUS-Ländern.

Die folgenden Anmerkungen zur Durchführung der tadschikischen Parlamentswahlen basieren vor allem auf den Feststellungen der 167 internationalen Wahlbeobachter, die unter dem Dach von OSCE/ODIHR<sup>1</sup> tätig waren:

7% beklagten, dass sie sich trotz größter Anstrengungen keinen klaren Überblick über die Organisation in den Wahllokalen verschaffen konnten. Unbefugte Personen waren in 18% der Wahllokale anzutreffen.

Wahlbeobachtung in militärischen Einrichtungen war nicht möglich. In 16 Fällen wurden die Wahlbeobachter in lokalen Wahllokalen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit massiv behindert. Einem Beobachter wurde untersagt, an der Auszählung der Stimmen teilzunehmen.

Die Vorbereitung der Stimmabgabe wurde in 13% der besuchten Wahllokale als unzureichend beurteilt: 14% der Wahllokale hatten nicht alle für die Wahl notwendigen offiziellen Unterlagen und Dokumente erhalten. Die Mehrzahl der Wahllokale gab keine Auskunft darüber, wie viele Stimmzettel sie anfänglich erhalten hätten.

17% der lokalen Wahlleiter konnten am Ende des Wahltages keine Rechenschaft über den Verbleib aller erhaltenen Stimmzettel geben.

In 21% der Wahllokale wurden während der Abstimmung die folgenden Mängel festgestellt: Unrechtmäßige Einflussnahme auf den Wähler bei seinem Urnengang, Verletzung der Geheimhaltung des Wahlvorgangs, Praxis der Gruppenabstimmung (Familienvater stimmt für alle Familienangehörigen ab).

Allgemein wurde beobachtet, dass die weiblichen Wähler unterrepräsentiert waren.

In 24% der Wahllokale stimmte ein Teil der Bürger ab, ohne sich mit einem offiziellen Dokument auszuweisen. Das illegale Vertretungsstimmrecht wurde oftmals ausgeübt. Mehrfache Stimmabgabe durch ein und dieselbe Person – auch in unterschiedlichen Wahllokalen – wurde in 6% der Fälle festgestellt. In 45% der Wahllokale konnten Serien von offensichtlich identischen Unterschriften in den Wählerlisten gefunden werden.

8% der Wahlurnen waren nicht vorschriftsgemäß versiegelt. Die tatsächlich ausgezählten Stimmen und die Eintragungen in die offiziellen Wahlprotokolle stimmten oft nicht überein. Einige Protokolle waren schon gestempelt und unterzeichnet, bevor die eigentlichen Wahlergebnisse eingetragen wurden.

Es wurde berichtet, dass nach der Auszählung der Wählerstimmen die Ergebnisse teilweise nicht sofort von den lokalen Wahlkommissionen an die Bezirkswahlkommissionen, sondern zuerst an andere nicht autorisierte Stellen weitergeleitet wurden.

Die tabellarische Darstellung der Wahlergebnisse bei den Bezirkswahlkommissionen war ziemlich unregelmäßig und einige Wahlbeobachter wurden daran gehindert, diesen Prozess zu verfolgen.

---

<sup>1</sup> OSCE/Office for Democratic Institutions and Human Rights  
Hanns-Seidel-Stiftung\_Politischer Hintergrundbericht\_Tadschikistan\_27. März 2015

## 2. Ergebnisse der tadschikischen Parlamentswahlen vom 1. März 2015

Die Zentrale Kommission für Wahlen und Referenda verkündete am 12. März 2015 die vorläufigen Ergebnisse der tadschikischen Parlamentswahlen wie folgt:

| Nr. | Name der Partei  | Zahl der landesweit erhaltenen Parteistimmen (Prozent) 2010 <sup>2</sup> /2015 <sup>3</sup> | Zahl der erhaltenen Mandate über die Parteiliste (Proporzverfahren) 2010/2015 | Zahl der erhaltenen Mandate über Direktkandidaten (Majorzverfahren) 2010/2015 |
|-----|--|---|---|---|
| 1   | Agrarpartei Tadschikistans (APT)                           | 5,01/11,7   | 1/3   | 1/2   |
| 2   | Demokratische Partei Tadschikistans (DPT)                  | 0,84/1,7  | 0/0   | 0/1   |
| 3   | Partei der wirtschaftlichen Reformen Tadschikistans (PWRT) | 5,03/7,5  | 1/2   | 1/1   |
| 4   | Kommunistische Partei Tadschikistans (KPT)                 | 7,22/2,2  | 2/0   | 0/2   |
| 5   | Partei der islamischen Wiedergeburt (PIW)                  | 8,20/1,6  | 2/0   | 0/0   |
| 6   | Sozialistische Partei Tadschikistans (SPT)                 | 0,47/5,5  | 0/1   | 0/0   |
| 7   | Sozialdemokratische Partei Tadschikistans (SDPT)           | 0,72/0,5  | 0/0   | 0/0   |
| 8   | Demokratische Volkspartei Tadschikistans (DVT)             | 70,00/65,4  | 16/16   | 39/35   |
|     | Gesamt   | 97,49/96,1  | 22/22   | 41/41   |

Anmerkung: 2,51<sup>4</sup>/3,9<sup>5</sup> % der Stimmen waren ungültig.

Nach Artikel 48 des Verfassungsgesetzes über Wahlen zum tadschikischen Parlament haben vier Parteien (DPT, KPT, PIW und SDPT) die landesweite Fünf-Prozent-Hürde nicht überwinden und so kein Abgeordnetenmandat über ihre Parteiliste erringen können.

Die folgenden tadschikischen politischen Parteien haben über ihre Parteiliste Parlamentssitze erringen können:

- Agrarpartei Tadschikistans (APT);
- Partei der wirtschaftlichen Reformen Tadschikistans (PWRT);
- Sozialistische Partei Tadschikistans (SPT);
- Demokratische Volkspartei Tadschikistans (DVT).

Außerdem gingen von den insgesamt 41 direkten Wahlkreisen (mit je einem Abgeordneten) 35 Mandate an die DVT, 2 Mandate an die APT, jeweils 1 Mandat an die DPT und PWRT und schließlich 2 Mandate an die KPT.

<sup>2</sup> Parlamentswahlen 2010

<sup>3</sup> Parlamentswahlen 2015

<sup>4</sup> Parlamentswahlen 2010

<sup>5</sup> Parlamentswahlen 2015

Die Agrarpartei Tadschikistans (APT) beabsichtigt, eine parlamentarische Fraktion zu gründen. Nach der tadschikischen Wahlgesetzgebung sind hierfür mindestens fünf Abgeordnete notwendig.

Schon im Jahre 2010 hatte die Partei zwei Parlamentssitze errungen. Die APT hat nach eigenen Angaben 30.000 Mitglieder. Die Mehrzahl davon sind Bauern und Landarbeiter. Die Führungsebene besteht aus Landwirtschaftsexperten. Die Partei legt ihren Arbeitsschwerpunkt auf die landwirtschaftliche Produktion. Sie befürwortet einen Stopp der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Rohmaterialien aus Tadschikistan und empfiehlt dem Land, auf die Herstellung und den Export von vor allem landwirtschaftlichen Fertigprodukten umzustellen.

Die APT ist im November 2005 gleichzeitig mit der Partei der wirtschaftlichen Reformen Tadschikistans (PWRT) im tadschikischen Justizministerium registriert worden. Für die tadschikische Opposition gelten APT und PWRT zusammen mit der Sozialistischen Partei Tadschikistans (SPT) als „Taschenparteien (sog. pocket parties)“ der tadschikischen Machthaber, die damit lediglich politische Pluralität im tadschikischen Parlament vortäuschen wollen.

Das erste Mal, seit Tadschikistan nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1991 unabhängig wurde, schafften es die Kommunistische Partei Tadschikistans (KPT) und die Partei der islamischen Wiedergeburt (PIW) nicht, die landesweite Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden.

Muhiddin Kabiri, der Vorsitzende von PIW, kündigte bereits an, dass seine Partei das Ergebnis der Parlamentswahlen nicht anerkennen werde: „Die Feststellung der Zentralen Wahlkommission, dass unsere Partei nur 1,6% der Wählerstimmen erreicht hätte, entspricht nicht der Realität.“

Obwohl sich die Partei in den letzten Jahren sicher immer wieder politischem Druck ausgesetzt sah, führen politische Beobachter für ihre Niederlage an, dass sie es verpasst habe, in der vergangenen Legislaturperiode neue Wählerschichten anzusprechen und sich eine politische Nische zu schaffen.

### 3. Versagen der Opposition oder Pyrrhussieg der tadschikischen politischen Machthaber bei den Parlamentswahlen vom 1. März 2015

Die Parlamentswahlen in Tadschikistan, die sich - wie schon die vorherigen - harscher Kritik seitens der internationalen Wahlbeobachter ausgesetzt sahen, zeigten als Ergebnis einen überwältigenden Sieg der Demokratischen Volkspartei Tadschikistans (DVT).

Von entscheidendem Einfluss auf die weitere Entwicklung des Landes ist die Niederlage der Partei der islamischen Wiedergeburt (PIW) und damit das inoffizielle Ende der Abmachung über die Teilung der politischen Macht zwischen Regierung und Opposition, die ein Teil des tadschikischen Friedensabkommens von 1997 war.

Diese Situation fordert Fragen über die Zukunft des Islam nicht nur in Tadschikistan, sondern auch in ganz Zentralasien heraus.

Das Friedensabkommen in Tadschikistan war ein Experiment, das teilweise bewiesen hat, dass der Islam auch in einem säkularen Staat eine politische Mitverantwortung übernehmen kann.

Mit dem Abkommen erhielt die Vereinigte Tadschikische Opposition – eine Mischung aus Vertretern der PIW, demokratischen und nationalistischen Gruppen – 30% aller Regierungspositionen auf allen Ebenen (von der lokalen bis zur ministeriellen).

Die PIW blieb die einzige islamische Partei, die in Zentralasien offiziell registriert und politisch aktiv war.

Die Bildung einer solchen „Regierung der Versöhnung“ war ein komplizierter und angespannter Prozess, aber er schlug Wurzeln. Als die Taliban im Jahre 2001 in Afghanistan die politische Macht verloren, gab es Kreise, die anregten, das tadschikische Regierungsmodell eventuell auch auf das Nachbarland zu übertragen.

Die Muslime in Tadschikistan und teilweise auch in anderen zentralasiatischen Republiken nahmen die PIW als eine Referenz wahr, um für den islamischen Standpunkt einen legitimen Platz in Politik und Regierung zu suchen.

Die tadschikischen Muslime, die im Bürgerkrieg noch mit Waffen gekämpft hatten, verlegten nach dessen Ende ihre Anstrengungen darauf, in lokalen und regionalen Räten sowie im Nationalen Parlament „verbal zu kämpfen“.

Said Abdullo Nouri, der erste Vorsitzende der PIW und sein Stellvertreter Hoji Akbar Turajonzoda, sowie der in der Kriegszeit legendäre Feldkommandeur Mirzo Ziyoyev, fanden ihren Platz in der ersten tadschikischen Regierung nach dem Bürgerkrieg. Und sie waren viel „radikaler“ als die derzeitige Führung von PIW.

Die Idee des politischen Konsensus, wie er in Tadschikistan realisiert worden war, wurde jedoch von keinem der zentralasiatischen Nachbarstaaten übernommen. Dass die bilateralen Beziehungen zwischen Tadschikistan und Usbekistan heute so gestört sind, geht auf die tadschikische Friedensvereinbarung von 1997 zurück. Der damalige und jetzige usbekische Staatspräsident Islam Karimov war dagegen, die PIW in die damalige Regierung einzubinden. Als das Abkommen unterzeichnet wurde, reagierte er nach Angabe von Augenzeugen geradezu „rasend“.

Aber die tadschikische Regierung aus früheren militärischen Gegnern – teilweise islamisch geprägt, teilweise säkular eingestellt – war fähig, zu kooperieren und das Land aus seiner katastrophalen Situation, in der es sich zu Ende des Krieges befand, zu befreien. Tadschikistan ist kein reiches Land, aber es ist zumindest seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten stabil.

Diese Stabilität könnte jetzt gefährdet sein: Die PIW hatte vor den Wahlen am 1. März 2015 zwei der 63 Sitze im tadschikischen Parlament inne. Dies war keineswegs ausreichend, um die Politik des Landes nachhaltig zu beeinflussen, aber die Partei war im Parlament vertreten.

Die beiden Parlamentssitze bewahrten die Hoffnung der PIW, bei zukünftigen Wahlen mehr Sitze zu erringen, trotz der vielen Hindernisse, mit denen die Partei speziell vor Wahlen immer zu kämpfen hatte.

Nun hat die PIW keinen Platz mehr im Parlament. Für die etwa 44.000 registrierten Mitglieder der Partei und die vielen Tausend Unterstützer, viele davon unter 30 Jahre, könnte dies ein Problem sein, da sie sich nirgendwo repräsentiert sehen.

Seit Jahren wird davor gewarnt, dass die zentralasiatischen Regierungen mit ihrer Politik, die religiös geprägte politische Opposition zu unterdrücken und teilweise in

den Untergrund zu drängen, islamisch geprägte radikalisierte Gruppen schaffen könnten.

Das Fehlen einer Stimme wie der PIW oder einer anderen legalen islamischen politischen Gruppierung im Parlament, könnte die tadschikischen politischen Verantwortlichen eines Tages vor große Probleme stellen.

### **Max Georg Meier**

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Bischkek, Kirgisistan.

#### **IMPRESSUM**

Erstellt: 27. März 2015

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2015

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther,

Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iiz@hss.de](mailto:iiz@hss.de), [www.hss.de](http://www.hss.de)